



Bulletin

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 9. September 2024

Der Kantonsrat hat dem Antrag zur Fristerstreckung für die Berichterstattung und Antragstellung zur Motion KR-Nr. 167/2020 betreffend «Internationale Anbindung des Wirtschaftsraumes Zürich durch direkte Zugverbindungen» diskussionslos zugestimmt ([KR 167/2020](#)).

Der Kantonsrat hat in der Schlussabstimmung mit 160 zu 0 Stimmen einer Änderung des Kantonalbankgesetzes zugestimmt ([KR-Nr. 249/2023](#)). Damit wird die Gewinnausschüttung der Zürcher Kantonalbank auch künftig zu einem Drittel den Gemeinden zukommen. Anlass für die Gesetzesrevision war die Umsetzung der OECD-Mindeststeuer von 15 Prozent für grosse, international tätige Unternehmensgruppen.

Der Kantonsrat hat eine parlamentarische Initiative von SVP-Kantonsrat Christoph Marty abgelehnt, mit der gefordert wurde, dass Mieterinnen und Mieter künftig in der Steuererklärung 30 Prozent der Wohnungsmiete vom Reineinkommen abziehen können sollen ([KR-Nr. 219/2024](#)). Für eine vorläufige Unterstützung stimmten 48 Ratsmitglieder. 60 Stimmen wären dafür nötig gewesen. Das Geschäft ist damit erledigt.

Der Kantonsrat hat mit 123 Stimmen eine parlamentarische Initiative von Thomas Forrer, Kantonsrat der Grünen, vorläufig unterstützt, mit der eine Amtszeitbeschränkung für Mitglieder des EKZ-Verwaltungsrats gefordert wird ([KR-Nr. 229/2024](#)). Die GL des Kantonsrates wird die PI einer Kommission zu Bericht und Antrag überweisen.

Der Kantonsrat hat eine parlamentarische Initiative von SP-Kantonsrat Rafael Mörgeli abgelehnt, mit der gefordert wurde, dass auch in Versammlungsgemeinden die Geschäftsprüfung von der Rechnungsprüfungskommission wahrgenommen werden muss ([KR-Nr. 233/2024](#)). Für eine vorläufige Unterstützung stimmten 54 Ratsmitglieder. 60 Stimmen wären dafür nötig gewesen. Das Geschäft ist damit erledigt.

Der Kantonsrat hat mit 135 Stimmen eine parlamentarische Initiative von Livia Knüsel, Kantonsrätin der Grünen, vorläufig unterstützt, mit der gefordert wird, dass Schulgemeinden Personen ohne Lehrdiplom, sogenannte Poldis, künftig bis zu drei Jahre lang als Lehrperson anstellen dürfen – statt wie bisher nur für ein Jahr ([KR-Nr. 234/2024](#)). Die GL des Kantonsrates wird die PI einer Kommission zu Bericht und Antrag überweisen.

Der Kantonsrat hat mit 71 Stimmen eine parlamentarische Initiative von SVP-Kantonsrätin Christina Zurfluh-Fraefel vorläufig unterstützt, mit der gefordert wird, dass der Bund sämtliche durch das Asylwesen verursachte Kosten tragen soll, statt diese den Kantonen und Gemeinden zu überwälzen ([KR-Nr. 248/2024](#)). Die GL des Kantonsrates wird die PI einer Kommission zu Bericht und Antrag überweisen.

(*nic.*)